

Stefanie Wöhl

Demokratie in der Krise? Eine feministische Perspektive

Warum braucht es 2019 feministische Demokratiekritik und auf welchen Ebenen spielt sich diese ab?

Feministische Kritik an der Demokratie ist vielfältig. Einerseits weist sie darauf hin, dass Frauen* im repräsentativen System der liberalen Demokratie immer noch nicht gleich repräsentiert sind. Andererseits haben sich Frauen* Zugänge zum politischen System erkämpft, können aber das politische System der Demokratie an sich nicht unbedingt verändern. Zudem werden oft wichtige Entscheidungen mittlerweile in Expertengremien oder zur Exekutive hin verlagert, sodass es für Frauen* schwieriger wird, bestimmte Errungenschaften auch zu verteidigen. Andererseits haben liberale feministische Strömungen sich diese Ziele hart erarbeitet, sie ändern jedoch nicht grundsätzlich etwas an den subtilen Ausschlussmechanismen oder daran, dass viele Frauen eher im persönlichen Nahbereich politisch aktiv sind. Hier gilt es immer noch mehr Zeit, Räume und Zugänge zu Politik zu ermöglichen, sprich, eine aufgeklärte Zivilgesellschaft kann nur dann aktiv sein, wenn sich nicht das ganze Leben auf Erwerbsarbeit konzentriert oder auf die Betreuung von Angehörigen und Kindern. Hier braucht es immer wieder eine feministische Kritik, die darauf hinweist, dass ein gutes Leben auch anders aussehen kann und dass dieses vor allem Inklusionsmöglichkeiten schafft für möglichst viele. Darüber gilt es auch zu streiten. Gerade in Zeiten, wo konservative und rechtsextreme Vorstellungen den öffentlichen Raum zu dominieren beginnen und die politischen Diskussionen beeinflussen und nach rechts verschieben und auch frauenpolitische

Errungenschaften infrage stellen. Daran merkt man einerseits, dass selbst liberale Vorstellungen von politischer und sozialer Gleichheit nicht selbstverständlich sind, und dass dann, wenn Menschen um ihren sozialen Status fürchten, immer wieder „die Anderen“, in Fall von Österreich meist AsylwerberInnen, für die soziale Schieflage verantwortlich gemacht werden. Leider ein Muster, das sich wiederholt. Die Spaltung der Gesellschaft kann meiner Meinung nach nur verhindert werden, wenn Menschen unterschiedlichster Herkunft und aus unterschiedlichen Milieus sich aufeinander zubewegen. Das ist nicht einfach und von daher ist gerade die Frage des Zusammenlebens so wichtig. Aus feministischer Sicht sind es auch nicht die großen Städte, die hier Probleme bereiten, sondern eher der ländliche Raum, in dem patriarchale Verhältnisse sehr gefestigt sind und es auch für Frauen schwieriger ist, sich aus herkömmlichen Rollen zu befreien. Meines Erachtens sind all dies Faktoren und Ebenen, die eine feministische Demokratiekritik berücksichtigen muss, wenn sie an einem demokratischen Gemeinwohl festhalten will. Probleme von Gewalt gegen Frauen und Angehörige sind dabei auch Themen, die vermehrt in der Öffentlichkeit thematisiert und diskutiert werden müssten, um somit einerseits strukturelle Gewaltverhältnisse aufzuzeigen und andererseits Gewalt im sozialen Nahraum und in den sozialen Medien zu thematisieren. Letztere sind ja auch in kürzester Zeit Räume für öffentliche Auseinandersetzungen geworden, in der besonders oft Frauen beschimpft oder verunglimpft werden. Das ist im Moment ein besonders wichtiger Faktor, da soziale Medien zu einem neuen und großen Teil der politischen Öffentlichkeit geworden sind.

Du schreibst, dass es Frauen* trotz langanhaltender Kämpfe kaum möglich ist das repräsentativ-demokratische System geschlechtergerecht zu gestalten. An welchen Stellen und warum stoßen feministische Bewegungen dabei an ihre Grenzen?

Zum einen gibt es zwar eine Erhöhung des Frauenanteils in Parlamenten, gleichzeitig sind aber Themen, die besonders Frauen* betreffen, immer noch hart umkämpft. Nehmen wir das Beispiel Väterkarenz bzw. die Möglichkeit für Väter, direkt nach der Geburt eines Kindes einen Monat bezahlt karenziert zu werden. Das wird erst jetzt neu diskutiert, obwohl die Möglichkeit für Väter, sich zu beteiligen, ein wichtiger symbolischer Schritt zur Aufwertung der Bedeutung von Kindererziehung und Sorgearbeit ist. Das hat insofern auch mit dem politischen System zu tun, weil es auch hier um Arbeitsteilung geht und die Möglichkeit, Zeit zu haben politisch zu partizipieren. Solange unsere Gesellschaft aber auf das Leistungsprinzip setzt, die Anhäufung von Reichtum, und nicht auf Bereiche wie Pflege, Fürsorge und ein gesellschaftliches Miteinander, ist es kein Wunder, wenn sich Gesellschaften weiter spalten und fremdenfeindlich werden. Das meine ich damit, auch das politische System zu transformieren: solange politische Repräsentation immer noch ein Beruf ist wie jeder andere auch, wird sich an der gesellschaftlichen Arbeitsteilung auch nichts ändern. Und das hängt stark mit der Form des politisch-repräsentativen Systems zusammen, weil das nach derselben Logik funktioniert.

Außerdem gibt es im Feld der internationalen Politik auch Beispiele dafür, wie Frauen versuchen zum Beispiel Agenden auf die internationale Tagesordnung zu setzen, dort aber mächtige Lobbygruppen wie die des Vatikans auf internationalen Konferenzen auch vieles verhindern können, was einen frauenpolitischen Fortschritt beinhalten würde. Die letzte Weltfrauenkonferenz, die eigentlich 2015 abgehalten werden sollte, hat ja gar nicht erst stattgefunden.

Siehst du im Moment Bewegungen und Entwicklungen, die abseits des parlamentarischen Feldes das Potential einer geschlechtergerechten Demokratisierung und gesellschaftlichen Transformation in sich tragen?

Es gibt viele feministische Bewegungen, die immer wieder versuchen bestimmte Themen in die politische Öffentlichkeit zu tragen und sich mit parlamentarischen Kräften zu vereinen. So zum Beispiel die 1000 Frauen, die jüngst auf Gewalt gegen Frauen aufmerksam gemacht haben und zu der es auch eine Parlamentsinitiative gibt. Dann gibt es ja wieder das neue Frauenvolksbegehren, das versucht, möglichst viele frauen- und gesellschaftspolitische Themen auf die politische Agenda zu bringen. Das sind alles Initiativen, die sehr wichtig sind, die aber in der momentanen politischen Konjunktur Schwierigkeiten haben werden, sich weiterhin Gehör zu verschaffen. Ich bin momentan sehr skeptisch, inwieweit diese Gruppen eine gesellschaftliche Transformation bewirken können, zum Teil sind es momentan ja eher Künstler*innen und Autor*innen, denen es gelingt, ein Bewusstsein für sexuelle Diskriminierung und Gewalt zu schaffen durch die #MeToo-Debatte oder indem sie Bücher über aktuelle frauenpolitische Themen schreiben. Andererseits gibt es auch die "Care-Revolution", die in Deutschland und Österreich bewirkt hat, dass das Thema Pflege wieder breiter in der Öffentlichkeit stand für eine Zeit lang. Ob sich dies in der aktuellen politischen Konjunktur, die ja sehr schnelllebig ist und in der viele neue Themen in der politischen Öffentlichkeit verhandelt werden, auf Dauer durchsetzen kann bleibt abzuwarten. Hier sind sicherlich auch die Gewerkschaften gefragt, einen Bewusstseinswandel selbst voranzutreiben und im Rahmen von Kollektivvertragsverhandlungen im Pflegebereich möglichst viel zu bewirken.

Du sprichst Gewalt gegen Frauen* als Einschränkung von Freiheit an (auch im Rahmen der liberalen Demokratie). Der gesellschaftlich institutionalisierte Opferschutz in Form von Frauenhäusern etc. ist eine Errungenschaft feministischer Bewegungen. Im noch jungen Jahr 2019 erleben wir eine dramatisch hohe Zahl an Femiziden. Befinden wir uns in Zeiten einer gesellschaftlichen Rückentwicklung in Bezug

auf explizite patriarchale Gewalt? Wenn ja, was sind die Bedingungen dieser Rückentwicklung?

Ich bin keine Gewaltforscherin, deswegen wäre ich vorsichtig derzeit empirisch von einer Zunahme zu sprechen, auch wenn es eklatant ist, dass seit Beginn 2019 bereits auffällig viele Frauen umgebracht worden sind, meistens von einem ehemaligen Partner. Es gab immer diese Form von Gewaltausübung gegenüber Frauen, und feministische Akteur*innen versuchen immer wieder darauf hinzuweisen, dass es mehr und veränderte Rahmenbedingungen des präventiven Gewaltschutzes geben muss. Gerade im präventiven Bereich ist dies jedoch nicht der Fall. In einer Gesellschaft in der unbarmherzig gegen Schwächere vorgegangen wird, in der Gewalt in vielfältigen Formen artikuliert wird (Hatespeech etc.), und in einem Klima, in dem Flüchtlinge pauschal für die Erhöhung bestimmter Gewaltdelikte verantwortlich gemacht werden, gibt es wenig Raum für eine sinnvolle Auseinandersetzung mit dem Thema. Natürlich tradieren sich auch patriarchale Strukturen und wir sehen auch, dass eine gewisse Volkstümelei das noch bestärkt. Sei es in der Kultur, durch bestimmte Musiker oder durch das Bedürfnis einer idealisierten Heimat, in der wenig Platz für Fremde ist. Sicherlich braucht es hier eine differenzierte Bestandaufnahme und eine Klarstellung, dass Frauen* gleichberechtigt sind und dass der zwischenmenschliche Umgang in Ländern wie Österreich selbstverständlich so sein sollte. Das Problem ist ja, dass es in allen Kulturen Gewalt gegen Frauen* gibt und auch Österreich ist da keine Ausnahme.

Welche feministischen Utopien sind deiner Meinung nach aktuell besonders attraktiv für das radikale Umdenken gesellschaftlicher Verhältnisse?

Eine Gesellschaft, die nach gleicher Teilhabe strebt und in der zwischenmenschliche Beziehungen nicht weniger wichtig bewertet werden wie gesellschaftliches Streben nach Macht, Prestige und Einfluss und in der derzeit weitestgehend immer noch privat für

Menschen gesorgt werden muss, was ja viele Folgeprobleme mit sich bringt, ist glaube ich nicht sehr zukunftsfähig. Deswegen sollten wir an der Utopie festhalten, dass Arbeit lediglich dazu dienen sollte, Menschen zu ernähren und sie nicht der alleinige Lebensinhalt ist. Wir sollten daran festhalten, dass gesellschaftliche Inklusion nur gelingen kann, wenn wir uns nicht ins Private zurückziehen, sondern gemeinsam uns auch für das Gemeinwohl einsetzen. Das klingt jetzt sehr abstrakt, hat aber in Krisenzeiten nach 2008 dazu geführt, dass sich Menschen in bestimmten Ländern Europas solidarisch gezeigt haben. Sie haben versucht durch gegenseitige Ermutigungen und Unterstützung zu zeigen, dass sie nicht allein sind, wenn sie zum Beispiel aus Ihren Häusern oder Wohnungen zwangsgeräumt wurden wie in Spanien. Ich finde das sind gute Beispiele, wie gelebte Solidarität heute aussehen kann.

Das Gespräch führte Markus Gönitzer.